



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 17. Juli 2024

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juli 2024**
HIER Arbeitsnummer 7/172

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Stephan Brandner
vom 10. Juli 2024
(Monat Juli 2024, Arbeits-Nr. 7/172)

Frage

Hat der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz, der nach eigenen Angaben plant, einen Antrag auf Verbot der Alternative für Deutschland in den Deutschen Bundestag einzubringen, Informationen des Bundesamts für Verfassungsschutz oder durch Bundesmittel finanzierte Institutionen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung ausschließlich im Zuge des Verfahrens am Oberverwaltungsgericht Münster erhalten, oder wurden ihm diese von der Bundesregierung auch auf anderem Wege übermittelt, und wenn ja, in welcher Art und Weise (vgl. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/wanderwitz-afdverbotsantrag-verzoegert-sich-weiter/>)?

Antwort

Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, dass der Abgeordnete des Deutschen Bundestages Marco Wanderwitz Informationen im Sinne der Fragestellung im Zuge des Verfahrens vor dem Oberverwaltungsgericht Münster erhalten hat. Verfahrensbezogene Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) wurden weder von dort noch von der Bundesregierung an ihn weitergegeben. Es sind auch keine anderweitigen Übermittlungen von einschlägigen Unterlagen durch die Bundesregierung bekannt.